

**Niederschrift Nummer RAT/11/014**

<b>Gremium</b>	<b>Sitzung am</b>
Rat der Stadt Bergkamen	18.02.2016

<b>Sitzungsort</b>	<b>Sitzungsdauer</b>
Ratssaal des Ratstraktes	17:15 - 21:35 Uhr

**Anwesend:**

Vorsitzender: Bürgermeister Roland Schäfer

Schriffthführer: Thomas Hartl

Teilnehmer	Funktion
------------	----------

**Bürgermeister**

Herr Bürgermeis Roland Schäfer	Vorsitzender
--------------------------------	--------------

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**

Herr Knut Bommer	Stadtverordnete/r	
Herr Julian Deuse	Stadtverordnete/r	bis TOP 9 öff. Teil / 21.20 Uhr
Frau Martina Eickhoff	Stadtverordnete/r	
Frau Sandra Hagen	Stadtverordnete/r	
Frau Mareike Jander	Stadtverordnete/r	
Herr Michael Jürgens	Stadtverordnete/r	
Frau Simone Leuthold-Haverkamp	Stadtverordnete/r	bis TOP 2 öff. Teil / 19.40 Uhr
Frau Brigitte Matiak	Stadtverordnete/r	
Herr Dieter Mittmann	Stadtverordnete/r	
Frau Christina Pattke	Stadtverordnete/r	
Herr Christian Pollack	Stadtverordnete/r	
Herr Hartmut Ramin	Stadtverordnete/r	
Herr Uwe Reichelt	Stadtverordnete/r	

Herr Dennis Riller	Stadtverordnete/r
Herr Andre Rocholl	Stadtverordnete/r
Herr Bernd Schäfer	Stadtverordnete/r
Herr Kay Schulte	Stadtverordnete/r
Herr Thomas Semmelmann	Stadtverordnete/r
Frau Susanne Turk	Stadtverordnete/r
Frau Manuela Veit	Stadtverordnete/r
Frau Undine Weirich	Stadtverordnete/r
Herr Volker Weirich	Stadtverordnete/r
Herr Rüdiger Weiß	Stadtverordnete/r
Frau Ulrike Weiß	Stadtverordnete/r
Frau Monika Wernau	Stadtverordnete/r

### **Christlich Demokratische Union**

Frau Rosemarie Degenhardt	Stadtverordnete/r
Herr Thomas Eder	Stadtverordnete/r
Frau Susanne Eisenhuth	Stadtverordnete/r
Herr Heinz-Werner Hake	Stadtverordnete/r
Herr Thomas Heinzl	Stadtverordnete/r
Frau Elke Middendorf	Stadtverordnete/r
Herr Gerd Miller	Stadtverordnete/r
Frau Martina Plath	Stadtverordnete/r
Herr Marco Morten Pufke	Stadtverordnete/r
Herr Martin Strunk	Stadtverordnete/r
Herr Stephan Wehmeier	Stadtverordnete/r

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Elke Grziwotz	Stadtverordnete/r
Herr Thomas Grziwotz	Stadtverordnete/r
Herr Harald Sparringa	Stadtverordnete/r
Herr Hans-Joachim Wehmann	Stadtverordnete/r

### **BergAUF**

Herr Werner Engelhardt	Stadtverordnete/r
Frau Fatma Uyar	Stadtverordnete/r

### **Freie Demokratische Partei**

Frau Angelika Lohmann-Begander	Stadtverordnete/r
--------------------------------	-------------------

### **Entschuldigt fehlen**

Herr Dirk Haverkamp	Stadtverordnete/r
---------------------	-------------------

**Von der Verwaltung nehmen teil**

Herr Dr.-Ing. Hans-Joachim Peters	Erster Beigeordneter	
Herr Holger Lachmann	Beigeordneter und Kämmerer	
Frau Christine Busch	Beigeordnete	
Herr Thomas Hartl	Stadtoberverwalter	
Herr Bernd Roreger	Amtsleiter Rechtsamt	
Frau von Depka	Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt	bis Ende öff. Teil 21.25 Uhr
Frau Marion Korte-Rahn	Stv. Personalratsvorsitzende	bis Ende öff. Teil 21.25 Uhr

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Rat der Stadt Bergkamen ordnungs- und fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Er bittet um Zustimmung, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um den Punkt

9	Aufhebung eines Beschlusses zum TOP 24 des öffentlichen Teiles der Sitzung des Rates der Stadt Bergkamen vom 10.12.2015	<b>11/0540</b>
---	---	----------------

zu erweitern.

Die weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich dementsprechend.

Es wird folgende Tagesordnung beschlossen und verhandelt:

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil:**

1	Änderung der Haushaltssatzung und ihrer Anlagen für die Haushaltsjahre 2016/2017 gemäß § 80 Abs. 4 GO NRW	<b>11/0530</b>
2	Auswirkungen der in den Jahren 2004 bis 2011 abgeschlossenen Derivatgeschäfte auf den Doppelhaushalt 2016 / 2017	<b>11/0531</b>
3	Ersatzwahlen für verschiedene Fachausschüsse des Rates der Stadt Bergkamen	<b>11/0535</b>
4	Wiederwahl der Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk V (Bergkamen-Oberaden II), Herrn Wilhelm Null	<b>11/0504</b>
5	Frauenförderplan der Stadt Bergkamen vom 18.02.2016 bis 17.02.2019 auf der Grundlage des LGG NRW (Fortschreibung)	<b>11/0518</b>
6	Erste Ordnungsbehördliche Verordnung zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen hier: Zusätzlicher verkaufsoffener Sonntag im Jahr 2016 zum Stadtjubiläum	<b>11/0522</b>
7	Neufassung der Satzung über Kostenersatz und Entgelte für Einsätze und Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergkamen	<b>11/0532</b>
8	Auflösung der Stadtwerkeverbund Hellweg-Lippe Netz GmbH & Co. KG und der Stadtwerkeverbund Hellweg-Lippe Netz Verwaltungs-GmbH	<b>11/0499</b>
9	Aufhebung eines Beschlusses zum TOP 24 des öffentlichen Teiles der Sitzung des Rates der Stadt Bergkamen vom 10.12.2015	<b>11/0540</b>
10	Einwohnerfragestunde	
11	Anfragen und Mitteilungen	

**Öffentlicher Teil:**

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet Bürgermeister Schäfer über Geschäftsordnungsanträge aus dem nichtöffentlichen Teil. Es wurde jeweils beantragt zum Tagesordnungspunkt 1 im nichtöffentlichen Teil und zum Tagesordnungspunkt 6 im nichtöffentlichen Teil, diese jeweils in öffentlicher Sitzung zu beraten. Nach inhaltlicher Diskussion sind beide Anträge mehrheitlich abgelehnt worden. Weiterhin wurde zum Tagesordnungspunkt 1 im nichtöffentlichen Teil beantragt, den Punkt 3 des Beschlusses in den öffentlichen Teil zu Tagesordnungspunkt 2 zu verschieben. Dieser Antrag wurde einstimmig beschlossen.

**Tagesordnungspunkt 1:****Änderung der Haushaltssatzung und ihrer Anlagen für die Haushaltsjahre 2016/2017 gemäß § 80 Abs. 4 GO NRW  
Vorlage: 11/0530**

Kämmerer Lachmann erläutert die notwendige erneute Beschlussfassung. In der Ratssitzung am 10.12.2015 wurde die Haushaltssatzung der Stadt Bergkamen für die Jahre 2016/2017 beschlossen. Eine Bekanntmachung erfolgte bisher nicht. Aufgrund der erteilten Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes einschließlich der erfüllten Bedingung wird nur die nunmehr vom Rat der Stadt Bergkamen neu beschlossene Haushaltssatzung für die Jahre 2016 und 2017 gem. § 80 Abs.5 GO NRW öffentlich bekanntgemacht. Er bittet um Zustimmung, damit nun insbesondere mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen begonnen werden kann.

CDU-Fraktionsvorsitzender Heinzel erklärt, dass seine Fraktion wie auch bereits in der Dezember-Sitzung des Rates der Vorlage nicht zustimmen wird. Er äußert seine Verwunderung, dass hier ein erneuter Beschluss gefasst werden muss und bittet deswegen um Erläuterung.

Laut Kämmerer Lachmann hat der Kreis Unna signalisiert, dass der Haushalt genehmigungsfähig ist. In dem dann folgenden Gespräch zur Übergabe der Genehmigung hat sich kurzfristig ergeben, dass dieser Punkt nachzusteuern ist.

CDU-Stadtverordneter Eder fragt nach, wofür die Erhöhung von 46 Mio. Euro benötigt wird.

Bürgermeister Schäfer erwidert, dass die im Dezember beschlossene Erhöhung der Kassenkredite lediglich einen Rahmen darstellt. Es sei völlig offen, ob das Geld wirklich in dieser Höhe ausgegeben wird. Der Kreis Unna ist allerdings der Auffassung, dass die Anpassung auch in den Finanzplan gehört.

SPD-Fraktionsvorsitzender Schäfer freut sich, dass der Kreis Unna den Haushalt genehmigt hat. Die Maßnahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes können nun endlich angegangen werden. Seine Fraktion wird dieser Formalie zustimmen. In den vergangenen Jahren hat es auch Erhöhungen der Kassenkredite gegeben. Hier hat der Kreis Unna nicht diese Auffassung gehabt. Eine Ablehnung würde bedeuten, dass die angesprochenen Maßnahmen nicht umgesetzt werden können.

BergAUF-Fraktionsvorsitzender Engelhardt betrachtet die Erhöhung nicht als Formalie. Sofern die Zinsen auch nur gering steigen, wäre dies eine enorme Belastung für die Stadt

Bergkamen. Daher wird seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen. Auch glaubt er nicht, dass die Größenordnung der Erhöhung allein die vom Kämmerer genannten Maßnahmen betreffen, sondern auch im Zusammenhang mit den Folgen der Derivate zusammenhängen könnte.

FDP-Stadtverordnete Lohmann-Begander verweist auf ihre Haushaltsrede, wonach sie die Erhöhung der Kassenkredite als inflationär bezeichnet hat. Sie wird daher nicht zustimmen.

CDU-Stadtverordneter Eder erklärt, dass für die Maßnahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes die Stadt Bergkamen 5,2 Mio. Euro erhält und hier einen 10 %igen Eigenanteil leisten muss.

SPD-Fraktionsvorsitzender Schäfer erwidert, dass er nicht zum Ausdruck gebracht hat, dass die Erhöhung der Kassenkredite ausschließlich für diese Maßnahmen erforderlich ist, sondern sicherlich auch im Zusammenhang mit den Derivaten steht.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Bergkamen beschließt, die der Erstschrift dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte geänderte Haushaltssatzung der Stadt Bergkamen nebst Anlagen für die Haushaltsjahre 2016/2017 zu erlassen.

**Abstimmungsergebnis:** Mit Stimmenmehrheit zugestimmt  
Ja 30 Nein 14

### **Tagesordnungspunkt 2:**

#### **Auswirkungen der in den Jahren 2004 bis 2011 abgeschlossenen Derivatgeschäfte auf den Doppelhaushalt 2016 / 2017**

**Vorlage: 11/0531**

Bürgermeister Schäfer berichtet über die vorangegangene Beratung im nichtöffentlichen Teil in der zwei Beschlüsse mit unterschiedlichen Mehrheiten gefasst worden sind. Hier ist die Zustimmung zum Vergleichsangebot erfolgt sowie die Beauftragung der Verwaltung, sämtliche Swapgeschäfte zu beenden. Der Vergleich enthält eine Verschwiegenheitsklausel. Daher verliest er folgende gemeinsame Sprachregelung:

„Die Stadt Bergkamen und die EAA sind übereingekommen, ihre – zuletzt in zweiter Instanz vor dem OLG Hamm geführte – Auseinandersetzung um Verluste der Stadt Bergkamen aus Swapgeschäften mit der früheren WestLB im Vergleichswege beizulegen. Im Rahmen dieses Vergleichs wird sich die EAA mit einem angemessenen Betrag an den Verlusten der Stadt Bergkamen aus Swapgeschäften beteiligen. Über den genauen Inhalt des Vergleichs haben die Parteien, wie in derartigen Fällen üblich, Stillschweigen vereinbart.“

Die Auswirkungen der beiden zuvor genannten Beschlüsse sollen laut Bürgermeister Schäfer nun öffentlich diskutiert werden. Zudem ist der Punkt 3 zu Tagesordnungspunkt 1 des nichtöffentlichen Teiles, der Prüfauftrag an die Gemeindeprüfungsanstalt, auf diesen Tagesordnungspunkt verschoben worden. Er betont, dass ihm eine Dokumentation wichtig sei, wie seinerzeit die Verfahren innerhalb der Verwaltung abgelaufen sind. Ebenso die Beteiligung der Aufsicht, aber auch die Einbindung der Poltik. Die genauen Fragestellungen werden noch mit den Fraktionsvorsitzenden abgestimmt.

Im Anschluss lässt er über diesen Prüfauftrag abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Bergkamen beauftragt die Verwaltung, die Gemeindeprüfungsanstalt NRW zu beauftragen, die Verfahrensabläufe bei den Abschlüssen der Derivatgeschäften einschließlich der Beteiligung der politischen Gremien zu überprüfen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Kämmerer Lachmann beleuchtet im Anschluss die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt. Entgegen der letzten Annahme eines negativen Jahresergebnisses der Stadt von 8,6 Mio. € und eines positiven Jahresergebnisses des SEB von 1,6 Mio. € geht er derzeit aufgrund der Notwendigkeit der Bildung von Rückstellungen von zusätzlichen negativen Jahresergebnissen der Stadt von 17,6 Mio. € in 2014 und 2,4 Mio. € in 2015 und des SEB von 10,4 Mio. € in 2014 und 0,6 Mio. € in 2015 aus. Zwischen Stadt und SEB können sich hier noch Verschiebungen ergeben. Die finalen Beträge ist dann den veröffentlichten geprüften Jahresabschlüssen der Stadt und des SEB zu entnehmen. Eine Rückstellungsbildung in Höhe der Ausweitung der Auszahlung aus aufzunehmenden Kassenkrediten ist jedoch nicht erforderlich.

In 2016 wird sich der Bestand der Kassenkredite der Stadt Bergkamen um diesen Betrag erhöhen. Der vom Rat im Doppelhaushalt 2016/17 für alle Szenarien vorgegebene Kassenkreditrahmen muss jedoch deutlich nicht ausgeschöpft werden.

Die Risiken der Haushaltsplanung 2016 wurden bei den Haushaltsplanberatungen offen kommuniziert. Insbesondere die Entwicklungen im Sozial- und Jugendbereich sowie die Gewerbesteuer bleiben Positionen, die auch zum jetzigen Zeitpunkt mit erheblichen Unsicherheiten behaftet bleiben.

Bei den weiteren Positionen fangen insbesondere Verbesserungen gegenüber dem Planungsansatz bei der Kreisumlage von € 560.000,- und des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer von € 343.000,- die aus den zusätzlichen Kassenkrediten resultierende zusätzliche Zinsbelastung von circa € 400.000,- auf.

Hinsichtlich der Auswirkungen auf den in den nächsten Tagen bekanntzumachenden Doppelhaushalt 2016/17 weist er abschließend auf Folgendes hin:

1. Die Handlungsfähigkeit der Stadt bleibt aufgrund des positiven Eigenkapitals zum 31.12.2015 erhalten.
2. Es sind hieraus keine Steuer-/Gebührenanhebungen notwendig.
3. Die Ergebnisabführungen des SEB können voraussichtlich in der geplanten Höhe für die Jahre 2016 und 2017 erfolgen.
4. Die Durchführung der KP III - Maßnahmen sowie sonstiger neuer Investitionen (z.B. Feuerwehrfahrzeuge, Straßen, Wasserstadt Aden) kann erfolgen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Schäfer betont die Wichtigkeit des Vergleichsabschlusses. Ohne diesen Vergleich hätte man eine Drohverlustrückstellung bilden müssen, die zu einer Überschuldung geführt hätte. Die Stadt wäre dann in den Nothaushalt gerutscht. Seine Fraktion hält es daher aus wirtschaftlichen Gründen für geboten, dem Vergleichsangebot

zuzustimmen. Da die Hürden bei Weiterführung des Prozesses zu hoch liegen, ist es nun notwendig einen Schlusstrich zu ziehen.

CDU-Fraktionsvorsitzenden Heinzel empfindet die ganze Situation für die Stadt existenzbedrohend. Er reflektiert den Einstieg im Jahr 2004, in dem der Haupt- und Finanzausschuss nach kritischen Nachfragen den Einstieg in ein Schuldenportfoliomanagement begrüßt und festgelegt hat, einmal jährlich in diesem Ausschuss zu dem Thema zu berichten. Die Mitglieder haben dies zur Kenntnis genommen. In der Verwaltung gab es keinen mit inhaltlichem Sachverstand, daher hat man sich einer externen Beratung bedient. Dann hat man immer wieder negative Geschäfte durch Neueinpreisung modifiziert bis der Rat im Jahr 2011 die Reißleine gezogen hat. Bis zu diesem Beschluss lief seiner Meinung nach das gesamte Verfahren verwaltungsintern. Seine Fraktion hat allerdings immer nach dem Risiko gefragt. Nun sucht er den Verantwortlichen, da der Öffentlichkeit nicht suggeriert werden darf, dass kein Verantwortlicher gefunden werden soll. Seine Fraktion hat die Vorlage im nichtöffentlichen Teil abgelehnt, da die Verwaltung und nicht die Politik nun das Verfahren beenden soll.

Bürgermeister Schäfer weist noch einmal auf den einstimmigen Beschluss des Rates aus dem Jahr 2011 hin, alle Swaps einzustellen und nicht mehr zu bedienen. Dieser Beschluss hat zu einem Teil die Schadenhöhe ausgemacht. Bis zum Jahr 2010 hat die WestLB im Haupt- und Finanzausschuss nach teilweiser kritischer Befragung immer positiv berichtet. Erst nach dem BGH-Urteil aus 2011 sind bundesweit über 1000 Kommunen auf die Problematik aufmerksam geworden. Auch sieht er die Zuständigkeit des Rates für den Beschluss, da dieser die Einleitung des Prozesses beschlossen hat und nun auch die Beendigung beschließen muss. Die Zinsoptimierungsgeschäfte sind als einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung betrachtet worden und trotzdem dem Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis gegeben worden. Hier hätte der Rat allerdings auch von seinem jederzeitigen Rückholrecht Gebrauch machen können. Abschließend erklärt er, dass die jährliche Zinsbelastung äußerst ärgerlich ist, trotzdem ist noch die beste Lösung für die Stadt gefunden worden.

CDU-Stadtverordneter Eder kritisiert die Verharmlosung der finanziellen Auswirkungen. Eine jährliche Zinsbelastung ist vorhanden, eine Tilgung ist auf Jahre hinaus nicht zu erkennen, ebenso wie der Aufbau der Rücklagen.

Bündnis 90/Die Grünen-Fraktionsvorsitzender Wehmann betont, dass alle im Jahr 2004 Beteiligten die Geschäfte wohlwollend zur Kenntnis genommen haben. Seine Fraktion hat dem Vergleichsvorschlag zugestimmt, da sie sich der Verantwortung bewusst ist und immer Beteiligte des Verfahrens waren. Für ihn ist die Zustimmung zum Vergleich alternativlos. Er kritisiert die CDU-Fraktion, da diese keine Alternativen nennt. Letztendlich hätte die Reißleine sicher eher gezogen werden müssen. Er hofft, dass zukünftig über solche Geschäfte nie wieder beraten werden muss.

Auch Bündnis 90/Die Grünen-Stadtverordneter Grziwotz kritisiert, dass die CDU-Fraktion keine Verantwortung übernehmen möchte. Ihm fehlt eine Antwort, wie man stattdessen aus dieser Situation kommen kann.

BergAUF-Fraktionsvorsitzender Engelhardt spricht seine generelle Kritik an dem System von Zins und Zinseszins aus. Die Zinsoptimierung hat er von Anfang an misstrauisch betrachtet und daher immer die entsprechenden Nachfragen gestellt. In der Darstellung des Kämmerers sieht er eine Verharmlosung der Situation, da keine Lösung in Aussicht gestellt wird, wie die Schulden getilgt werden können. Bei der Fortführung des Prozesses hätte für die Stadt Bergkamen durchaus ein besseres Ergebnis erzielt werden können.

Hier erwidert Bündnis 90/Die Grünen-Fraktionsvorsitzender Wehmann, dass BergAUF die Spekulationsgeschäfte kritisiert, mit der Fortführung des Prozesses aber weiter spekuliert. Der heutige Beschluss dient für ihn der Risikobegrenzung.

Nach Auffassung von FDP-Stadtverordneten Lohmann-Begander ist die Politik nie richtig gefragt worden, ob sie die Derivatgeschäfte haben wollen. Von übergeordneten Stellen wurde dies jedoch empfohlen. Sie stellt sich die Frage, warum nicht eher die Reißleine gezogen worden ist. Außerdem will sie für die Zukunft solche Geschäfte ausgeschlossen haben.

Hier sichert Bürgermeister Schäfer noch einmal ausdrücklich zu, dass es solche Geschäfte in Zukunft nicht mehr geben wird.

SPD-Fraktionsvorsitzender Schäfer stellt klar, dass er die Schadenhöhe nicht verharmlost. Er vermisst bei der CDU-Fraktion eine klare Linie, da die Klageerhebung im Jahr 2011 einstimmig beschlossen worden ist. Wenn also jetzt kein Vergleich gewünscht wird, müsste der Prozess weitergeführt werden. Dieses Verhalten hält er für inkonsequent und trägt nicht zur Problemlösung bei. Ausdrücklich begrüßt er die Beauftragung der GPA. Das Ergebnis dieser Prüfung bleibt abzuwarten, daher sollten jetzt Schuldzuweisungen unterbleiben. Für ihn kann sich die Politik jedenfalls nicht aus der Verantwortung ziehen.

Laut CDU-Fraktionsvorsitzendem Heinzel haben vier Personen viermal im Jahr zusammen gegessen und die Geschäfte abgeschlossen. Für ihn mussten diese Personen gewusst haben, was sie getan haben. Die Beweisaufnahme vor dem OLG Hamm ist für die Stadt Bergkamen unglücklich verlaufen, was sicherlich auch mit den Aussagen beider Parteien zu tun hat. Er selbst sieht sich als Laie und muss sich auf Aussagen von Beratern und der Stadtverwaltung verlassen können. Der Politik ist nie die Frage gestellt worden, ob sie solche kritischen Geschäfte haben möchte.

Bürgermeister Schäfer stellt klar, dass die Gespräche von 2004 bis 2007 viermal jährlich gelaufen sind. Danach haben die Gespräche immer dann stattgefunden, wenn ein Vertrag geändert werden musste. Dies geschah dann stets auf Empfehlung der WestLB. Für ihn hat die Stadt Bergkamen, anders als andere Kommunen, von Anfang an über die Geschäfte berichtet.

Für Bündnis 90/Die Grünen-Stadtverordneten Sparringa geht es der CDU nicht um die Lösung der Schuldenproblematik sondern um die Frage der Schuld. Er hat das Gefühl, dass die CDU aus rein populistischen Gründen eine anlehrende Haltung einnimmt. Das BGH-Urteil lässt keinen Zweifel aufkommen, dass die Stadt Bergkamen den Prozess verlieren würde. Sobald der GPA-Bericht vorliegt, wird seine Fraktion diesen bewerten. Nun geht es zunächst darum, einen größeren Schaden von der Stadt abzuwenden.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Bergkamen nimmt den mündlichen Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**    Kenntnisnahme

**Tagesordnungspunkt 3:**

**Ersatzwahlen für verschiedene Fachausschüsse des Rates der Stadt Bergkamen  
Vorlage: 11/0535**

Bürgermeister Schäfer weist auf einen Schreibfehler im Beschlussvorschlag hin. Richtig muss es heißen Michael Jürgens.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Bergkamen wählt:

Frau Simone Leuthold-Haverkamp, Unter den Telgen 22, 59192 Bergkamen,  
zum Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses und  
zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Bauen und Verkehr

Frau Manuela Veit, Hünenpad 10 p, 59192 Bergkamen,  
zum Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Bauen und Verkehr und  
zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Stadtentwicklung, Strukturwandel und  
Wirtschaftsförderung

Herrn Kevin Derichs, Jahnstr. 37, 59192 Bergkamen,  
zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Familie, Soziales, Gesundheit und  
Senioren

Herrn Harald Sehr, Anne-Frank-Str. 4, 59192 Bergkamen,  
zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Familie, Soziales, Gesundheit und  
Senioren

Herrn Michael Jürgens, Auf den Goldäckern 11, 59192 Bergkamen,  
zum stellvertretenden Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses

Frau Ulrike Weiß, Kohortenweg 5, 59192 Bergkamen,  
zum stellvertretenden Mitglied des Betriebsausschusses

des Rates der Stadt Bergkamen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Ohne Stimmabgabe des Bürgermeisters gem. § 40 Abs. 2 Satz 5 GO NRW.

**Tagesordnungspunkt 4:****Wiederwahl der Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk V (Bergkamen-Oberaden II), Herrn Wilhelm Null****Vorlage: 11/0504****Beschluss:**

Der Rat der Stadt Bergkamen beschließt, Herrn Wilhelm Null, wh. Lünener Straße 43, 59192 Bergkamen, erneut zur Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk V (Bergkamen-Oberaden II) zu wählen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt**Tagesordnungspunkt 5:****Frauenförderplan der Stadt Bergkamen vom 18.02.2016 bis 17.02.2019 auf der Grundlage des LGG NRW (Fortschreibung)****Vorlage: 11/0518****Beschluss:**

Der Rat der Stadt Bergkamen beschließt den „Frauenförderplan der Stadt Bergkamen vom 18.02.2016 bis 17.02.2019“ mit sofortiger Wirkung.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt**Tagesordnungspunkt 6:****Erste Ordnungsbehördliche Verordnung zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen****hier: Zusätzlicher verkaufsoffener Sonntag im Jahr 2016 zum Stadtjubiläum****Vorlage: 11/0522**

Bürgermeister Schäfer erklärt, dass es sich hier um eine einmalige Erweiterung der drei festgelegten verkaufsoffenen Sonntage anlässlich des Stadtjubiläums handelt. Die Anregung ist von den Kaufleuten des Nordbergs gekommen.

Für die CDU-Fraktion reichen laut Mitteilung des Fraktionsvorsitzenden Heinzel drei vorgesehenen Sonntage aus. Man hätte für den Sonntag im Juni einen anderen streichen können. Daher wird seine Fraktion nicht zustimmen.

Bündnis 90/Die Grünen-Stadtverordneter Grziwotz teilt die ablehnende Haltung seiner Fraktion mit. Diese wird nicht unterstützen, dass bei der Jubiläumsfeier Menschen arbeiten müssen.

BergAUF-Fraktionsvorsitzender Engelhardt erklärt, dass sich seine Fraktion der Verdimung anschließt. Daher wird sie nicht zustimmen.

Nach intensiver Diskussion innerhalb der SPD-Fraktion wird laut Fraktionsvorsitzendem Schäfer diese dem einmaligen Ausnahmefall des verkaufsoffenen Sonntages zustimmen.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Bergkamen beschließt die Erste Ordnungsbehördliche Verordnung zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen vom 15.12.2014, die der Erstschrift der Niederschrift beigefügt ist.

**Abstimmungsergebnis:** Mit Stimmenmehrheit zugestimmt  
Ja 25 Nein 17 Enthaltung 1

**Tagesordnungspunkt 7:**

**Neufassung der Satzung über Kostenersatz und Entgelte für Einsätze und Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergkamen**  
**Vorlage: 11/0532**

BergAUF-Fraktionsvorsitzender Engelhardt teilt mit, dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen wird, da sie im § 2 Absatz 2 die Punkte 4 und 6 nicht mittragen kann. Die Betroffenen haben hier keine Kenntnis über die Ursache.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Bergkamen beschließt die der Erstschrift dieser Niederschrift über diese Sitzung als Anlage 1 beigefügte Neufassung der „Satzung über Kostenersatz und Entgelte für Einsätze und Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergkamen“.

**Abstimmungsergebnis:** Mit Stimmenmehrheit zugestimmt  
Ja 41 Nein 2

**Tagesordnungspunkt 8:**

**Auflösung der Stadtwerkeverbund Hellweg-Lippe Netz GmbH & Co. KG und der Stadtwerkeverbund Hellweg-Lippe Netz Verwaltungs-GmbH**  
**Vorlage: 11/0499**

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Bergkamen schließt sich der Empfehlung des Aufsichtsrates der GSW vom 11.12.2015 an und stimmt zu, dass die Vertreter in der Gesellschafterversammlung der GSW beschließen:

1. der Auflösung und Beendigung der Stadtwerkeverbund Hellweg-Lippe Netz GmbH & Co. KG (SHL Netz) und der Stadtwerkeverbund Hellweg-Lippe Netz Verwaltungs-GmbH (SHL GmbH) zum nächstmöglichen Zeitpunkt wird zugestimmt;
2. die Geschäftsführer der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen (GSW) werden bevollmächtigt, sämtliche Erklärungen und Rechtshandlungen zur Auflösung und Beendigung der Gesellschaften vorzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**Tagesordnungspunkt 9:****Aufhebung eines Beschlusses zum TOP 24 des öffentlichen Teiles der Sitzung des Rates der Stadt Bergkamen vom 10.12.2015****Vorlage: 11/0540**

Bürgermeister Schäfer erläutert zunächst die Auffassung der CDU-Fraktion, dass der Beschluss gegen das Prinzip der Öffentlichkeit verstoße. Er selbst ist allerdings anderer Meinung. Um eine Streitigkeit deswegen zu verhindern, wird nun vorgeschlagen, den Beschluss aufzuheben.

In diesem Zusammenhang teilt BergAUF-Fraktionsvorsitzender Engelhardt mit, dass er einen Änderungsantrag zum Protokoll dieser Sitzung gestellt hat, da aus dem Protokoll nicht hervor geht, dass der Geschäftsordnungsantrag von ihm gestellt worden ist.

Bürgermeister Schäfer wird über diesen Änderungsantrag in der nächsten Sitzung des Rates der Stadt Bergkamen entscheiden lassen.

Für SPD-Fraktionsvorsitzenden Schäfer teilt die CDU-Fraktion inhaltlich die Auffassung seiner Fraktion, was man auch durch den Antrag auf eine gemeinsame Sitzung der Hauptausschüsse der Städte Bergkamen und Kamen entnehmen kann. Für ihn geht es der CDU-Fraktion aber eher um eine Formalie. In diesem Zusammenhang kritisiert er die Presseberichterstattung des Hellweger Anzeigers.

CDU-Fraktionsvorsitzender Heinzel erklärt, dass die anderen Fraktionen deutlich machen wollten, dass das Bädertema zu wichtig sei, um es unter dem Punkt Haushalt zu beraten. Es sei das gute Recht der Opposition, auf bestimmte Regularien hinzuweisen.

BergAUF-Fraktionsvorsitzender Engelhardt ergänzt, dass hier die anderen Meinungen nicht berücksichtigt werden sollten.

Abschließend weist Bürgermeister Schäfer darauf hin, dass er das Thema mit dem Kreis Unna und dem Städte- und Gemeindebund diskutieren wird. Sollte die Auffassung bestätigt werden, müssten dann sicherlich zukünftig auch Anträge zum Haushalt 10 Tage vor der Sitzung gemäß der Geschäftsordnung eingereicht werden.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Bergkamen hebt seinen Beschluss vom 10.12.2015 zum Tagesordnungspunkt 24 des öffentlichen Teiles - hier Antrag der SPD-Fraktion „Zukunft der Bädersituation in Bergkamen“ - auf.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt**Tagesordnungspunkt 10:****Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

**Tagesordnungspunkt 11:**

**Anfragen und Mitteilungen**

Es liegen weder Anfragen noch Mitteilungen vor.

Roland Schäfer  
Bürgermeister

Thomas Hartl  
Schriftführer